

BASis Info 5/2016

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

03.06.2016

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, liebe Leser,

um einmal mit guten Nachrichten in eigener Sache zu beginnen: Mit 94,2% hat mich die Duisburger SPD am 20. Mai wieder zur stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden gewählt. Vielen Dank für dieses weitere tolle Ergebnis und das große Vertrauen. Das hat mir den Abend gerettet, an dem die MSV-Männer das Relegationsspiel in Würzburg verloren haben. Leider verdient, aber das Projekt Wiederaufstieg läuft und da können sich die Männer bei den MSV-Frauen kräftig was anschauen: 22 Spiele, 22 Siege, mit 75:14 Toren direkt wieder in die 1. Bundesliga durchgaloppiert. Respekt und Glückwunsch.



Beim Empfang für die MSV-Frauen im Rathaus.

Die Widerstände von CDU/CSU in der Großen Koalition sind da leider etwas größer. Gestern um 7 Uhr hat Sigmar Gabriel in einer Telefonschaltkonferenz informiert, dass beim Koalitionsausschuss die Reform der Erbschaftssteuer und das Gesetz zur Lohngerechtigkeit vertagt werden mussten. Immerhin gab es eine Einigung bei der Ökostromförderung und beim Bundesteilhabegesetz. Das ist wichtig. Jeder Mensch soll ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben führen können – egal, ob mit Behinderung oder ohne. Dafür brauchen wir unter anderem Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensprüfung und bei den Leistungen der Eingliederungshilfe. Am Montag hatte unsere SPD-Fraktion mit Betroffenen, Fachleuten und Interessierten bei einer Fachtagung diskutiert, noch diesen Monat soll der Gesetzentwurf durchs Kabinett gehen.

Deutlich weiter sind wir beim Integrationsgesetz, das wir heute in 1. Lesung beraten. Mit dem Gesetz wird der Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Ausbildungsförderung vereinfacht, die Angebote zum Spracherwerb ausgewei-

tet und Wartezeiten verkürzt. Im Gegenzug fordert das Gesetz von Asylsuchenden das Erlernen der deutschen Sprache und eine aktive Kursteilnahme ein. Außerdem sieht der Gesetzentwurf die befristete Einführung einer Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende vor, um deren Verteilung besser steuern zu können. Das Integrationsgesetz ist der erste Schritt, im nächsten Schritt brauchen wir ein Einwanderungsgesetz.

Meine nächste BASis Info erscheint am 1. Juli. Deshalb möchte ich schon jetzt auf die Konferenz „Ruhrgebiet – Tradition neu denken“, an diesem 1. Juli (ab 16 Uhr) im Steinhof Duisburg hinweisen. Wir wollen u.a. mit Martin Schulz über die Zukunft des Ruhrgebiets im Herzen Europas reden. Sie sind herzlich eingeladen zur Diskussion. Alle Informationen finden Sie hier: <http://www.nrwspd-landesgruppe.de/anmeldung.ruhr/>

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Stichwort: Leiharbeit und Werkverträge

Nach monatelanger Blockade – vor allem durch die CSU, das muss man leider immer wieder sagen – hat das Kabinett am Mittwoch den Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen verabschiedet. Jetzt kommt das Gesetz endlich in den Bundestag, noch vor der Sommerpause wollen wir mit dem parlamentarischen Verfahren beginnen. Starke Arbeitnehmerrechte gibt es nur mit der SPD. Es muss Schluss sein mit der Zwei- und Drei-Klassen-Gesellschaft im Betrieb. Wir halten, was wir versprochen haben.

Klar ist: Wir werden Werkverträge und Arbeitnehmerüberlassung auch weiterhin brauchen. Sie machen unsere Wirtschaft flexibler und sie sichern damit auch Arbeitsplätze. Genauso klar muss aber auch sein: Wo sie missbräuchlich genutzt werden, um Druck auf Arbeitsbedingungen zu machen, Löhne zu drücken oder Stammarbeitsplätze gefährden, da setzen wir Grenzen.

Der erste Ansatzpunkt ist: Wir wollen Licht in Grauzonen bringen. Das betrifft insbesondere die Werkverträge. Hier brauchen wir deutlich mehr Transparenz, damit Betriebsräte in Zukunft alle nötigen Informationen haben, um ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen zu können: Wer ist mit welchem Auftrag auf dem Betriebsgelände unterwegs?

Was sind Ort, Art und Umfang des Einsatzes von Drittpersonal? Außerdem legen wir gesetzlich fest, wer überhaupt ArbeitnehmerIn ist und schaffen mehr Rechtssicherheit bei der Abgrenzung von abhängiger und selbstständiger Tätigkeit.

Gegen die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen gehen wir auch durch die Pflicht zur Offenlegung der Arbeitnehmerüberlassung und die Abschaffung der sog. „Vorratsverleiherlaubnis“ vor. Arbeitgeber, die mit illegalen Werkverträgen arbeitsrechtliche Schutzstandards umgehen wollen, können diese zukünftig nicht mehr in Leiharbeit umdeklarieren und nachträglich „legalisieren“. Zukünftig muss in einem solchen Fall dem Beschäftigten ein Arbeitsverhältnis bei dem Entleiher angeboten werden. Das vermeintliche Werkunternehmen sowie der Entleiher müssen ein Bußgeld bezahlen. Diese Regelung soll eine abschreckende Wirkung auf schwarze Schafe haben.

Auch bei der Leiharbeit sorgen wir für klare Verhältnisse. Künftig dürfen LeiharbeiterInnen nur noch 18 Monate in einem Entleihbetrieb arbeiten. Wird diese Grenze überschritten, muss eine Einstellung der LeiharbeiterInnen erfolgen. Damit wollen wir verhindern, dass durch Leiharbeit Stammbesetzungen verdrängt werden. Vor allem aber geben wir den be-

troffenen Menschen eine klare Perspektive. Und wir sorgen dafür, dass sie spätestens nach neun Monaten Anspruch auf gleiche Entlohnung wie vergleichbare Stammbeschäftigte („Equal Pay“) haben. Von dieser Regelung darf der Arbeitgeber nur abweichen, wenn Branchenzuschlagstarife zwischen den Tarifparteien vereinbart wurden. Diese müssen bereits nach sechs Wochen Zuschläge vorsehen. Spätestens nach 15 Monaten muss ein Lohn erreicht werden, der mit dem tarifvertraglichen Arbeitsentgelt eines vergleichbaren Arbeitnehmers übereinstimmt. Wir wollen die Sozialpartnerschaft stärken, deshalb verbleibt in solchen Fällen die passgenaue und flexible Ausgestaltung vor Ort bei den Sozialpartnern.

Und noch einen sehr wichtigen Punkt konnte die SPD gegen die Union durchsetzen: LeiharbeiterInnen dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. Darüber hinaus wird klargestellt, dass Leiharbeiter im Einsatzbetrieb bei den Schwellenwerten in der Betriebsverfassung mitzählen, in der Unternehmensmitbestimmung ebenfalls, wenn sie mehr als sechs Monate im Entleihunternehmen eingesetzt sind.

Jetzt müssen wir bei den parlamentarischen Beratungen schnell Ergebnisse erzielen, damit der Missbrauch zügig ein Ende findet.



Gruppenbild ohne Abgeordnete: Wenn mich eine BPA-Gruppe aus Duisburg in Berlin besucht, freue ich mich immer auf das Gespräch im Reichstagsgebäude. Anfang Mai musste ich zum ersten Mal passen, weil ich schlicht und einfach krank im Bett lag. Umso mehr freue ich mich natürlich über schönes Feedback eines Pärchens: „Wir bedanken uns für diese Einladung, die einen recht gewaltigen positiven Eindruck bei uns hinterlassen hat“. Vor allem das Haus der Wannseekonferenz, der Besuch beim BND und der Bundestag kamen offenbar gut an.

Fraktion vor Ort: Pflegeberufsgesetz

Zur Diskussionsveranstaltung „Reform der Pflegeausbildung: Das Pflegeberufsgesetz“ lade ich für den 16. Juni 2016, um 18 Uhr herzlich in den Kleinen Prinzen in der Schwanenstraße 5-7 ein. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Gesundheitspolitiker Prof. Dr. Karl Lauterbach wird das Pflegeberufsgesetz vorstellen und die dahinter stehenden Pläne für eine generalistische Ausbildung erläutern. Im Anschluss freue ich mich auf eine offene Diskussion.

Anmeldung im Wahlkreisbüro unter 488 69 630 oder baerbel.bas.wk@bundestag.de



Tag der Städtebauförderung

Zum 2. Tag der Städtebauförderung haben Mahmut Özdemir und ich erklärt, dass die Städtebauförderung seit mehr als 40 Jahren die Attraktivität der Städte stärkt und auch Duisburg von der Förderung des Bundes profitiert: In den vergangenen zehn Jahren flossen 88,14 Millionen Euro. Der Bund hat allein Hochfeld mit mehr als 12 Millionen Euro unterstützt. So konnte beispielsweise endlich der Bunker auf dem Hochfelder Markt abgerissen und Platz für Neues geschaffen werden.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++03.06.: 10. Hafengala zum 300. Geburtstag des Duisburger Hafens+++

+++06.06.-10.06.: Sitzungswoche des Bundestages+++

+++11.06.: „70 Jahre AWO“ in Rumeln-Kaldenhausen+++

+++11.06.: Spendenübergabe an "Sermer Karnevalswagenbauer"+++

+++11.06.: Sommerfest der AWOCura im Seniorenzentrum Lene-Reklat+++

+++ Weitere Termine auf www.baerbelbas.de+++



Neues aus Berlin



Duisburger Wirtschaftsjuniorin zu Gast in Berlin



„Politik trifft Wirtschaft“ war das Motto des Know-how-Transfers, einer Projektwoche der Wirtschaftsjunioren Deutschland. Vom 9. bis 13. Mai hat so Christiane Riedel

von HKM in meinem Berliner Büro hospitiert, mich bei meinen Terminen begleitet und einen Einblick hinter die Kulissen bekommen. Ich habe mich sehr gefreut: Frauen in Führungspositionen sind ein wichtiges Thema für die SPD und HKM ist ein sehr wichtiges Unternehmen in meinem Wahlkreis. Nur wenn Politik und Wirtschaft im Dialog sind, können wir uns darüber austauschen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen für die Unternehmen haben – und umgekehrt.

Der Soziale Arbeitsmarkt muss kommen

Unsere NRW-Landesgruppe will Langzeitarbeitslosen durch öffentlich geförderte Beschäftigung neue Perspektiven und mehr gesellschaftliche Teilhabe bieten. Das ist für uns in Duisburg besonders wichtig. Deshalb appellieren wir an CDU/CSU, auch bei diesem Thema ihre Blockade aufzugeben. Unseren Beschluss: „Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ finden Sie auf www.baerbelbas.de.

Mein Tagebuch

Meine ersten zwei Tage in der Jury für das Besucher- und Informationszentrum des Bundestages haben mir Anfang Mai gute Unterhaltung beschert: Tag 1 ging von 10 bis 21 Uhr - mit 30 Minuten Mittagspause. Immerhin konnten wir 132 der 185 Entwürfe begutachten und abstimmen. Am 23. Juni geht's in die nächste Runde...

Die Jury-Sitzung war ein Vorgeschmack auf die Programmkommission der NRWSPD. Zwei Bundestagsabgeordnete sollen am Entwurf für das Landtagswahlprogramm mitarbeiten, die Wahl fiel auf unseren Landesgruppenvorsitzenden Achim Post und mich. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Ruhrgebiet ange-

messen im Wahlprogramm platziert wird.

Für alle, die es auf Facebook noch nicht gesehen haben: Was man alles findet, wenn man als Geschäftsführerin für Räume zuständig ist. Unbezahlbar! Und Nein, der Stempel ist nicht zu verkaufen.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607